

Motion Fraktion SVPplus (Dieter Beyeler, SD/Peter Bühler, SVP): Keine „kommerzielle Bettlerei“ auf den Verkehrsflächen der Stadt Bern

Was bürgerliche Politiker immer befürchtet und davor gewarnt haben, ist eingetroffen:

Entgegen den Verwedelungen und Beschwichtigungen des Bundesrates bezüglich Personenfreizügigkeit, haben in nahezu Rekordzeit die ersten organisierten Roma-Bettlerbanden mit ihren Aktivitäten die Schweiz erreicht.

Nach der Westschweiz, bevorzugt in den Städten Genf und Lausanne, sind diese illegalen Bevölkerungsgruppen nun auch bereits im Kanton Tessin mit ihrer unerwünschten Tätigkeit aktiv.

Dass diese wanderfreudigen Roma auch die Deutschschweiz, und somit auch die überaus Bettlerfreundliche Stadt Bern mit Ihrer Anwesenheit beglücken werden, liegt auf der Hand und ist eigentlich nur noch eine Frage der Zeit. Dabei werden sich, wenn keine entsprechenden Gegenmassnahmen getroffen werden, auch Bernerinnen und Berner an ein bisher neues und unbekanntes „Gewerbetreiben“ gewöhnen müssen:

Roma, die vor Verkehrsampeln ungefragt Autoscheiben putzen und für eine solche unverlangte Dienstleistung mit mehr oder weniger Druck ihren wohl eher unrechtmässigen Lohn einfordern.

Im Kanton Tessin macht sich bereits unter der Bevölkerung grosser Unmut breit und Politiker fordern mit Nachdruck von der Polizei vertiefte Informationen und ein sofortiges Ende dieser unzumutbaren Situation.

Analog der Antwort des Gemeinderates auf das Postulat SP/JUSO vom 22. November 2007: „Keine kommerzielle Bettelei“ im städtischen Teil des Bahnhofs (strikte Handhabung, eine Beeinträchtigung des Verkehrs ist zu vermeiden) fordern wir den Gemeinderat auf, folgende vorsorgliche Regelung einzuführen:

Auf den Verkehrsflächen der Stadt Bern, diese dienen in erster Linie den Verkehrsteilnehmern, ist jegliche kommerzielle Bettlerei untersagt und wird mit Wegweisung und Busse geahndet, dies auch im Interesse der Verkehrssicherheit und der Gewährleistung des bestehenden Verkehrsflusses.

Bern, 28. Mai 2009

Motion Fraktion SVPplus (Dieter Beyeler, SD/Peter Bühler, SVP): Simon Glauser, Ueli Jaisli, Peter Wasserfallen, Rudolf Friedli, Manfred Blaser, Erich J. Hess

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat prüft laufend die verschiedenen aufgeworfenen Fragen, klärt und analysiert die Situation. Er erachtet die Durchsetzung des konsequenten Vollzugs gegen die organisierte Bettelei und insbesondere gegen den in den zum Teil auch damit verbundenen organisierten Menschenhandel als wichtig und setzt sich hierfür ein.

Die von den Motionären geschilderten Zustände - ungefragtes Putzen von Autoscheiben - konnte im Gebiet der Stadt Bern bisher weder von der Kantonspolizei Bern, noch von anderen Polizeiorganen festgestellt werden. Sollten solche Aktivitäten stattfinden, müsste die Kantonspolizei im Rahmen der Strassenverkehrssicherheit intervenieren. Dabei würden sodann die fehlbaren Personen den zuständigen Polizeiorganen zur Einleitung von weitergehenden Massnahmen überführt werden.

Das Polizeiinspektorat führt in der Stadt Bern seit Jahren regelmässige und situative Kontrollen gegen ausländische Bettelnde durch. Die Fremdenpolizei der Stadt Bern kann bettelnde Personen, welche sich als Touristinnen oder Touristen in der Schweiz aufhalten und die gegen die ausländerrechtlichen Einreisevoraussetzungen verstossen, wegen Mittellosigkeit wegweisen oder nötigenfalls in ihre Heimatländer zurückführen. Im Frühjahr 2009 wurde zudem die konzertierte Aktion AGORA gestartet. Ziel dieser Aktion ist es, gegen die organisierte Bettelei vorzugehen und die Zusammenarbeit der involvierten Behörden und Partnern verstärkt zu vernetzen und ganzheitliche Koordinationsmassnahmen in die Tat umzusetzen.

Die Abklärungen und der Vollzug in diesem Bereich sind sehr zeitintensiv und aufwändig. Die Fremdenpolizei der Stadt Bern handelt dabei im Rahmen des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (SR 142.20; AuG) und des Freizügigkeitsabkommens vom 21. Juni 1999 (SR 0.142.112.681; FZA) zwischen der EU und der Schweiz. Die Situation wird laufend durch die Fremdenpolizei der Stadt Bern beobachtet, analysiert und wenn angezeigt, werden Massnahmen getroffen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Für die Bekämpfung der organisierten Bettelei wendet die Fremdenpolizei der Stadt Bern aktuell rund 1 500 Stunden auf, was zu Kosten von Fr. 120 000.00 führt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 25. November 2009

Der Gemeinderat